

deutschsprachigen Raumes² zeigt im Vergleich dazu ein deutlich intensiveres Interesse. Der Wert des Sammelbandes besteht vor allem darin, dass er zahlreiche Perspektiven und Erkenntnisse über die Ereignisse 1919 in Ungarn liefert und versucht, diese im europäischen Umfeld zu verorten. Das Buch schließt insgesamt eine Forschungslücke zu der Auseinandersetzung mit den Kriegsfolgen und der Krisenanfälligkeit von Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg in Mitteleuropa.

Die Hrsg. gehen von der Annahme aus, dass die Vorgänge in Ungarn in großer Abhängigkeit von gesamteuropäischen Entwicklungen gestanden hätten. Der Beitrag von Christian Koller unterstreicht die transnationalen Impulse für den Rätegedanken in Ungarn. Bereichernd wäre jedoch auch die Analyse, gar kritische Überprüfung des Begriffs „Räterepublik“ gewesen. Das Hinterfragen dieser zeitgenössischen Selbstzuschreibung könnte zur Entdämonisierung des Begriffes und zur Korrektur retrospektiver Einschätzungen beitragen. Die internationale Kontextualisierung der ungarischen Geschehnisse in den Beiträgen von Hans Hautmann, Matthias Marschick, Gleb J. Albert, Carlo Moos und Koller zeigen deutlich auf, dass die zeitgenössische Wahrnehmung der ungarischen Räterepublik in dem jeweiligen Land durchwegs systemstabilisierend wirkte.

In mehreren Beiträgen geht es um Akteure und Opfer jüdischer Herkunft. Nach dem Ersten Weltkrieg kamen erstmals linke Politiker jüdischer Herkunft in Österreich, Deutschland und Ungarn in Regierungsverantwortung – eine welthistorische Premiere. Die Studie von Julia Richers und Regina Fritz resümiert den aufflammenden Antisemitismus, der dem politischen Rechtsruck und völkischen Nationalismus in der Zwischenkriegszeit den Weg ebnete, mit folgenden Worten: „Kommunismus und Judentum in einem Zusammenhang zu sehen, war dabei kein Spezifikum Ungarns, sondern zeigt, dass das Land 1919 eng mit einem gesamteuropäisch-nordamerikanischen, transnationalen antisemitischen Diskurs über den sog. ‚jüdischen Bolschewismus‘ – später dann auch ‚Judeo-Bolschewismus‘ genannt – verflochten war“ (S. 155). Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Ausformung dieses autochthonen Antisemitismus die moralische Hemmschwelle senkte und als Wegbegleiter des brutalen Vernichtungsmechanismus der Shoa in Ungarn galt.

Mit diesem Sammelband liegt in jedem Fall eine konzise, durchaus facettenreiche Einführung in die Geschichte der ungarischen Räterepublik vor, die sich angesichts der nur spärlich vorhandenen neueren Literatur sicherlich bewähren wird.

Budapest – Szombathely

Ibolya Murber

und Literatur, Wien 2017, sowie die im Juni 2019 abgehaltene Tagung „Das wechselnde Image der Ungarländischen Räterepublik / The Changing Image of the Soviet Republic of Hungary 1919-2019“.

² GERHARD SENFT: „Auf uns sind die Blicke der Welt gerichtet ...“. Die Rätebewegung in Ungarn 1919, Wien 2019.

Henriette Piper: Der letzte Pfarrer von Königsberg. Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg. be.bra Verlag. Berlin 2019. 351 S., 54 Ill. ISBN 978-3-89809-171-8. (€ 24,-)

Das Leben des ostpreußischen Pfarrers Hugo Linck steht im Mittelpunkt dieser Biografie, die sich im Spannungsfeld kirchlicher Seelsorge und nationalsozialistischer Kirchenpolitik bewegt. Henriette Piper, Enkelin von Hugo Linck, berichtet über das Leben ihres Großvaters „zwischen Ostpreußen und Hamburg“. Geboren 1890 in Königsberg als Sohn eines Bauunternehmers, begann Linck 1908 ein Theologiestudium an der Albertina, das er 1914 abschloss. Der Erste Weltkrieg unterbrach seine theologische Laufbahn; am 28. Dezember 1918 wurde er in der Königsberger Schlosskirche ordiniert. Nach ersten Pfarrstellen in Puppen, Kreis Ortelsburg, und Wehlau bewarb er sich 1930 erfolgreich um die Pfarrstelle der St. Barbarakirche am Löbenicht in Königsberg, wo er bis zur Zerstörung der

Kirche im August 1944 verbleib und auch den Ortsteil Liep betreute. Mit seiner Ehefrau Maria, geb. Schröder, hatte er vier Kinder.

Linck musste ab 1933 die zunehmende Politisierung der evangelischen Kirche in Deutschland, auch in Ostpreußen, erleben. Bis zu seiner Abdankung 1918 war der preußische König das Oberhaupt der preußisch-unierten Kirche gewesen. In der anschließenden Neuorientierung wuchsen innerhalb der Kirche viele Glaubensrichtungen und politische Gruppen, was Linck in seiner Gemeinde nicht hinnehmen wollte. Hinzu kamen nach 1933 die Bemühungen des Staates, der evangelischen Kirche wieder ein staatliches Oberhaupt vorzusetzen. Durch seine ablehnende Haltung geriet Linck bereits 1933 in den Kirchenkampf zwischen der evangelischen Kirche und der NSDAP.

Im Gegensatz zur katholischen Kirche, der das Konkordat vom 20. Juli 1933 die freie Wahl der Priester und weiterer Organe der Kirche beließ, versuchte Adolf Hitler die evangelische Kirche durch eine ab 14. Juli 1933 gültige neue Kirchenverfassung unter staatliche Kontrolle zu bringen. Vor allem in der Person des obersten „Reichsbischofs“ manifestierte sich der Einfluss des Staates. Als die Pfarrer in Ostpreußen die Ernennung des NSDAP-Mitglieds Ludwig Müller nicht verhindern konnten und die Kirchenratswahlen 1933 einen großen Erfolg der parteitreuen Deutschen Christen erbrachten, traten viele Pfarrer zu einem neuen Bündnis zusammen, der Bekennenden Kirche, die den staatlichen Einfluss negierte. Auch Linck gehörte dazu und war nun starken Repressionen durch Partei und Staat ausgesetzt. Der Weg Ostpreußens in der Bekennenden Kirche war – vielleicht bedingt durch die isolierte geografische Lage – ein anderer als der im restlichen Deutschland. So verweigerten die Königsberger Pfarrer, darunter auch Linck, die geforderte Eidesleistung auf Hitler. Die St. Barbara-Gemeinde verfügte über das größte Gotteshaus der Bekennenden Kirche in Ostpreußen (S. 88). In seiner Gemeinde war Linck ständig mit sozialen Fragen konfrontiert, da diese Gemeinde der Arbeiter und Handwerker von einer hohen Arbeitslosenquote und viel Armut geprägt war. Im Januar 1945 lehnte das Ehepaar Linck die Flucht ab, obwohl ihre Kirche und die Wohnung in Löbenicht durch die Bombenangriffe im August 1944 vollkommen zerstört worden waren. Sie zogen in das Gemeindezentrum nach Liep, wo sie bis zu ihrer Ausreise im März 1948 wohnten. Linck fühlte sich dazu verpflichtet, trotz aller Zweifel bei seiner Gemeinde zu bleiben. Diese Zeit war sehr entbehrungsreich, denn Linck musste weitere Gemeinden in und um Königsberg versorgen.

Nach der Ankunft in der Britischen Besatzungszone übernahm er 1949 eine Pfarrstelle in Hamburg, wo er bis zu seiner Pensionierung 1959 blieb. Bald darauf veröffentlichte er seine Erinnerungen an Königsberg 1945-1948, und später wurde er von der evangelischen Kirche mit einer Geschichte des Kirchenkampfes in Ostpreußen beauftragt.¹ Die mit diesem Auftrag einhergehenden persönlichen Querelen und organisatorischen Schwierigkeiten – die schließlich im Erscheinen einer zweiten Publikation zu demselben Thema mündeten² – reflektieren einen Teil der Zerrissenheit der evangelischen Kirche in der frühen Bundesrepublik.

Die Autorin bemüht sich um einen flüssigen, unaufgeregten Erzählstil in kurzen, klaren Sätzen. Sie blendet persönliche Familienergebnisse aus, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Großvater stehen. Auch fokussiert sie auf Lincks kirchliche Arbeit und Seelsorge sowie seinen Kampf gegen Staat und Partei nach 1933. Dabei greift sie nicht nur auf die persönlichen Korrespondenzen Lincks, seiner Frau und ihres Umkreises zurück (die sich im Nachlass der Großeltern und Eltern befanden), sondern benutzt auch die zahlreichen Selbstzeugnisse Lincks, die er nach 1948 in der Bundesrepublik verfasste

¹ HUGO LINCK: Der Kirchenkampf in Ostpreußen, 1933-1945. Geschichte und Dokumentation, München 1968.

² MANFRED KOSCHORKE (Hrsg.): Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945. Allein das Wort hat's getan, Göttingen 1976.

und teilweise auch veröffentlichte. Die Zitate aus dem umfangreichen Brieffundus fügen sich fast nahtlos in den Text ein.

Es ist weder ein Buch über Königsberg entstanden (einige Kenntnisse über Königsberg sind beim Lesen jedoch hilfreich) noch eine Analyse der Zeit nach dem Einmarsch der Roten Armee. Jedoch bietet das Werk eine am Beispiel der Person Lincks dargestellte Zeitanalyse über die Stellung der Kirche in Ostpreußen im Zweispaß zwischen Seelsorge und Politik. Der Konflikt der Pfarrer der Bekennenden Kirche mit denjenigen der Deutschen Christen über die Ausrichtung der Kirche innerhalb von Staat und Gesellschaft war in Ostpreußen anders ausgeprägt als im Reich. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ließ die Kirchenpolitik den jetzt Hamburgischen Pastor Linck nicht los: Die prominentesten Köpfe der ehemaligen Bekennenden Kirche zogen unterschiedliche Lehren aus der zerrissenen Geschichte der evangelischen Kirche im Nationalsozialismus. Sie sahen ihre Aufgabe nun darin, im politischen Alltag dazu beizutragen, dass sich die Ereignisse nicht wiederholen können. Linck lehnte nach wie vor jegliche Politisierung der Kirche ab und beteiligte sich nicht an den entsprechenden Memoranden der Evangelischen Kirche. In dieser gründlichen Schilderung des Kirchenkampfes am Beispiel eines seinem Bekenntnis treu gebliebenen Insiders sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der Bundesrepublik liegt der eigentliche Wert dieses Buches. Er geht einher mit einer warmherzigen, aber jede familiäre Pathetik vermeidenden Schilderung eines bewegten deutschen, ostpreußischen Lebens im 20. Jh.

Angesichts der Fülle der genannten Personen ist das angefügte Personenregister sehr hilfreich, außerdem die Liste der verwendeten und weiterführenden Literatur. Zusätzlich wäre eine kurze tabellarische Lebensübersicht dem biografisch Interessierten nützlich gewesen.

Oldenburg

Gisela Borchers

Rudolf Tempseh: Aus den böhmischen Ländern ins skandinavische Volksheim. Sudeutsche Auswanderung nach Schweden 1938-1955. Hrsg. von Krister Hanne und Stefan Troebst. (Moderne europäische Geschichte, Bd. 6.) Wallstein. Göttingen 2018. 398 S., 14 Ill. ISBN 978-3-8353-1226-5. (€ 34,90.)

Die Migration Sudeendecher ins nicht-deutschsprachige Ausland wurde bislang in der Forschung kaum beachtet. Rudolf Tempseh auf Schwedisch verfasste Dissertation, mit der er 1998 an der Universität Göteborg promovierte, schließt somit eine Forschungslücke: Sie beleuchtet die Migration von ca. 5000 Sudeendechen nach Schweden in den Jahren 1938 bis 1955. Dies war auch der Anlass für die posthume Herausgabe dieses Buches in deutscher Übersetzung. Die Hrsg. wollten damit die „globale Dimension sudeendecher Migrationsgeschichte“ (S. 12) stärker ins Bewusstsein rufen. Der Originaltext wurde im Wesentlichen beibehalten.

Ein wichtiger Aspekt der Publikation besteht darin, dass der 1944 in Neubistritz (Nová Bystrice) geborene Vf. 1948 mit seinen Eltern nach Schweden emigrierte, nachdem er nach Kriegsende durch eine „wilde Vertreibung“ nach Österreich gelangt war. T. arbeitete in Schweden als Lehrer. Er befasste sich zeitlebens mit sudeendechen Themen und veröffentlichte mehrere wissenschaftliche Aufsätze in deutscher und schwedischer Sprache. Entsprechend engagiert und detailliert gestaltet sich seine Dissertation. Sein persönliches Anliegen und seine Biografie spiegeln sich auch im Forschungskonzept wider: T. möchte die Migration von Sudeendechen nach Schweden „dokumentieren“. Sein Ziel ist es, „den Verlauf zu beschreiben und zu erklären“ (S. 20 f.). Seine Untersuchung stützt sich vor allem auf Akten staatlicher Stellen im schwedischen Nationalarchiv bzw. im Zentralarchiv der schwedischen Arbeitsmarktbehörde sowie auf das Archiv der schwedischen Arbeiterbewegung in Stockholm und Bestände des Stadtarchivs in Eskilstuna. Daneben besuchte T. auch Archive im Ausland, u. a. in Bonn und in Prag, sowie Privatarchive und